

Michael Brie

Gegnerschaft, Anpassungsdruck und partielle Kooperation

Im unübersichtlicher gewordenen Fünfparteiensystem steht auch ein mögliches Dreierbündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei zur Diskussion. Auf allen drei Seiten gibt es aber noch erhebliche Vorbehalte, im Bund geht noch nichts. Welche Schnittstellen sieht die Linkspartei, welche Strategie verfolgt sie zurzeit?

Die deutsche Politik ist in Bewegung. Sie ist im flexiblen Kapitalismus angekommen. Die allgemeine Tendenz der wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit der meisten Bevölkerungsgruppen, der Fragmentierung der Gesellschaft, der Störung der sozialen Kommunikation und der schnellen Veränderung hat auch das Parteiensystem erfasst.

Der Übergang zum Fünfparteiensystem, der Kampf um eine Mitte der Gesellschaft, die sich bedrohter denn je fühlt, die Krise der sozialen und kulturellen Integration, die Entfremdung vieler Bürgerinnen und Bürger vom Wirken der gegebenen demokratischen Institutionen und auch vom Projekt Europäische Union, die wachsenden Bedrohungen internationaler Sicherheit erzeugen einen außerordentlichen Druck auf die Parteien. Die Zeit langer stabiler Parteienkonstellationen scheint vorbei.

Die Bundestagswahl 2005 war ein Einschnitt. Erstmals seit langem konnte das Wahlergebnis auf Bundesebene nicht sofort in eine klare handlungsfähige Regierungskoalition umgesetzt werden. Die CDU rückte von der wirtschaftsliberalen Ausrichtung ihres Leipziger Parteitag ab, der wenige Monate zuvor stattgefunden hat. Die Grünen kündigten ihre Bindung an die SPD und sind 2008 auf Landesebene in eine noch vor kurzer Zeit für fast undenkbar gehaltene Koalition mit der CDU eingeschwenkt. In Berlin gibt es Bestrebungen zur Bildung einer Jamaika-Koalition. Die Partei *Die Linke* ihrerseits setzt in Berlin Rot-Rot fort, bietet in Hessen eine Tolerierung von Rot-Grün an und in der SPD



Michael Brie

(* 1954) ist Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes und Leiter des Bereiches Politikanalyse bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

brie@rosalux.de

mehren sich die Stimmen, dies als Regierungsbeteiligung fest zu machen.

Die SPD ist in einer strukturell ähnlich schwierigen, wenn nicht sogar noch schwierigeren Lage wie in den 50er Jahren, in der sie dauerhaft der CDU/CSU unterlegen schien. Ihr fehlt das Konzept, gesellschaftliche Hegemonie zu erlangen. Gerade darin hat die *Agenda 2010* versagt. Solange die Partei *Die Linke* sich bei zehn Prozent und mehr zu behaupten vermag, wird die SPD zudem mit hoher Sicherheit deutlich weniger Stimmen bei Bundestagswahlen auf sich vereinigen als CDU/CSU. In einer Großen Koalition bliebe diese so immer Kanzlerpartei. Die SPD kann deshalb nur dann den Kanzler wieder stellen, wenn sie Dreierkoalitionen eingeht – in Form der berühmten Ampel oder gemeinsam mit den Grünen und der *Linkspartei*.

Aber auch für die *Linkspartei* ist die Situation kompliziert. Ihr Einzug in den Bundestag 2005 und ihre erfolgreiche Etablierung in immer neuen westdeutschen Ländern (selbst in Bayern erhielt sie immerhin 4,3 Prozent) wurden zum Auslöser, die Grundkonflikte des flexiblen Kapitalismus der heutigen Globalisierung in das Parteiensystem zu transportieren –

und zwar vom Standpunkt der bedrohten Schichten der Arbeiterinnen und Arbeiter, der unteren Angestellten und der subproletarischen Schichten, die sich in Deutschland neu herausgebildet haben.

Wichtige Forderungen nach einer sozialen Restabilisierung, die von PDS, WASG und *Linkspartei* artikuliert wurden, wie Mindestlöhne, ein armutsfestes Gesundheits- und Rentensystem, der Übergang zur Ganztags- und Gemeinschaftsschule, Stärkung der Gewerkschaften, Strukturinvestitionsprogramme, die vorher eher randständig waren, stoßen bis in das konservative Lager auf eine bestimmte Akzeptanz oder sind übernommen. Die Privatisierung ist gesellschaftlich diskreditiert und durch die globale Finanz- und Immobilienkrise ad absurdum geführt.

Von einer Politikwende kann aber deshalb trotzdem nicht gesprochen werden. Die Grundorientierung auf die Stärkung der »Marktkräfte«, die Verwandlung der Bürgerinnen und Bürger in »Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«, die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik des Staates am globalen Wettbewerb (Wettbewerbsstaat) ist ungebrochen. Dies wird auch durch den Führungswechsel an der Spitze der SPD bestätigt. Er hat zu keiner signifikanten Verbesserung der Wahlergebnisse geführt. Gleichzeitig ist das strategische Ziel der Partei *Die Linke*, der Richtungswechsel der Politik hin zu einer Strategie der solidarischen Reintegration der Gesellschaft vor allem durch eine Revitalisierung des Öffentlichen, in weitere Ferne gerückt.

Die *Linkspartei* verfolgt seit 2005 gegenüber der SPD eine Dreifachstrategie

- des Kampfes *gegen* die SPD (im Sinne der Kritik ihrer Grundpositionen, der Zurückdrängung ihres gesellschaftlichen Einflusses, der Schwächung ihrer Wählerunterstützung),

- des Kampfes *um* die SPD (indem ein Druck auf die SPD aufgebaut wird, der sie zwingen könnte, ihre Positionen nach

links zu verändern, den linken Flügel in der SPD zu stärken, einen Richtungswechsel als Option aufzunehmen) und

- des Kampfes *mit* der SPD, um die CDU/CSU und FDP zurückzudrängen und von der Regierung abzulösen (wie dies im Land Berlin geschah und in Hessen versucht wird) und bestimmte einzelne Projekte umzusetzen (Abschaffung der Studiengebühren, Förderung gemeinsamen Lernens an den Schulen, Einstieg in einen öffentlichen geförderten Beschäftigungssektor usw.) als notwendige Erneuerungsprozesse des Öffentlichen und zugleich Versuche politischer Richtungsänderung.

Dreifachstrategie und breite soziale Bündnisse

Gegnerschaft, Anpassungsdruck und partielle Kooperation werden m.E. das wechselseitige Verhältnis der Partei *Die Linke* und der SPD in den nächsten Jahren prägen. Beide sind zugleich im Gegeneinander wie im Miteinander auf die andere Seite bezogen. Mit dem einen Unterschied jedoch: Die SPD hat mit Blick auf Regierungskoalitionen andere, und für sie gegenwärtig viel reizvollere Optionen. Gerade in der Bundespolitik wäre für die SPD eine Kooperation mit der *Linkspartei* weitgehend eine Notgemeinschaft, die von einem bedeutsamen Teil ihrer Wählerschaft (noch?) nicht mitgetragen würde. Auf einen längeren Zeitraum übertragen stellt sich die Frage, ob die SPD eine Partei der Mitte sein will, die sich gleichermaßen von links wie rechts angegriffen sieht und die gegensätzlichen Tendenzen bloß zu vermitteln sucht, oder ob sie darauf zielt, aktiv eine Mehrheit links von der CDU (*Willy Brandt*), eine solidarische Mehrheit, herzustellen. Diese Entscheidung ist völlig offen. Eine solche Mehrheit fällt keiner Partei in den Schoß – sie muss geschaffen werden.

Sozial wäre das Bündnis mit einem Teil

der »Mitte«, mit jenen sozialen und kulturellen Mittelschichten, insofern sie vor allem im öffentlichen Sektor und den humanorientierten Dienstleistungen tätig sind, der bedrohten Arbeitnehmer und der Unterschichten. Inhaltlich könnten der Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen in Bildung, Gesundheit, Betreuung Älterer, sowie die Stärkung der öffentlichen Kontrolle über die Wirtschaft und Finanzen sowie eine deutliche Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu öffentlich im Vordergrund stehen. Es wäre dies eine Annäherung an den skandinavischen Weg, verbunden mit einem Kurs auf wirklich ökologische Reformen und einer Friedenspolitik auf der Basis gemeinsamer Sicherheit und Entwicklung. Fast alle der damit verbundenen Forderungen sind in der deutschen Gesellschaft in der Mehrheit – noch sind sie es nicht in der SPD und bei den Grünen.

Die Partei *Die Linke* wird versuchen, ihre genannte Dreifachstrategie auch mit Blick auf die Bundestagswahlen 2009 fort-

zusetzen. Ihr zentrales Ziel eines Richtungswechsels der Politik kann sie nur erreichen, wenn sie selbst stärker wird, es gelingt, breite soziale Bündnisse aufzubauen, Glaubwürdigkeit nicht verspielt wird mit politischen Bündnissen, denen der Politikwechsel nicht abgenommen wird, sondern erfolgreiche Einstiegsprojekte auch auf Landesebene erfolgen. Die desaströsen Erfahrungen der »linken Linken« in Frankreich, Italien oder auch Deutschland mit Mitte-Links-Regierungen, die nicht erkennbar für linke Projekte stehen, sind nur allzu bekannt.

Ein wirklicher Durchbruch wird erst dann geschehen, wenn SPD wie Grüne ihrerseits in einem linken solidarischen Projekt eine echte Chance sehen und Mehrheiten vom Sinn einer solchen Politik überzeugt sind. Bis dahin werden seitens der *Linkspartei* Gegnerschaft gegenüber und Druck auf die SPD die Ansätze zur Partnerschaft dominieren oder der Partei *Die Linke* droht ihrerseits, zum bloßen Anhängsel der alten Tante SPD zu werden.

Karl-Rudolf Korte

Die Chancen der SPD in einer Großen Koalition

Die Große Koalition könnte zur Lindenstraße der deutschen Politik werden: Ein Dauerformat zur Regierungsbildung in Zeiten eines etablierten asymmetrisch changierenden Fünfparteiensystems. Wenn Bündnisse entlang der tradierten parteipolitischen Lager nicht mehr möglich sind, hat der Parteienwettbewerb eine neue Qualität gewonnen. Den komplexen Wählermarkt muss dann zwangsläufig ein ebenso unübersichtlicher Koalitionsmarkt ergänzen. Darin bietet die Große Koalition vor allem der SPD eine Reihe von Möglichkeiten.

Wer Mehrheiten außerhalb der Großen Koalitionen erreichen möchte, sieht sich bei der kommenden Bundestagswahl wahrscheinlich gezwungen, neue Formeln zur Macht zu aktivieren: originelle parteipolitische Zusammensetzungen (Jamaika? Ampel?), neue Koalitionstypen (Kleine Koalitionen mit vielen Partnern), innovative Re-



Karl-Rudolf Korte

(* 1958) ist Direktor der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen.

kr.korte@uni-duisburg-essen.de